

Verhandlungen sind immer besser als Krieg

Zur: „Gibt es einfache Antworten auf Friedensfragen?“, FR-Politik v. 21.9., u. „Offiziere in Hessens Schulen“, FR-Region v. 30.9.

Friedensfähige Diplomatie soll ihre Arbeit machen

Dem Beitrag von Thomas Meinhardt stimme ich in jeder Beziehung zu. Es gibt keine einfachen Antworten, schon gar nicht in einer solch eskalierten Situation. Hervorheben möchte ich seine Forderung, die er sich als langjähriger Friedensaktivist nicht leicht gemacht hat, jetzt auf gar keinen Fall die militärische Unterstützung der Ukraine zu beenden. Leider wurden in der Vergangenheit so viele Möglichkeiten für diplomatische Lösungen außer Acht gelassen oder für monetäre Zwecke missbraucht. Für die Zukunft gilt es, daraus zu lernen, und eine weniger eskalierte Situation dafür zu nutzen, friedensfähige Diplomaten ihre Arbeit machen zu lassen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Jetzt brauchen wir eine neue Friedensarchitektur

Thomas Meinhardt von Pax Christi betont das „umfassende Friedensgebot des Grundgesetzes“ als Leitlinie des Regierungshandelns. Im 75. Jahr des Bestehens des Grundgesetzes (GG) sollten wir uns mit der Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes konfrontieren lassen und die Realpolitik daran messen.

Schon die „Präambel“ legt klar fest, dass Deutschland „dem Frieden der Welt zu dienen hat“. Artikel 1 (2) GG enthält ein starkes Bekenntnis zu den Menschenrechten „als Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Vereine, die sich gegen die „Gedanken der Völkerverständigung“ (Art. 9 (2) GG) betätigen, können verboten werden. Artikel 26 GG bestimmt ein „Verbot des Angriffskrieges“. Artikel 139 GG ächtet im Kontext der „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus“ den Militarismus.

Der Amtseid des Artikels 56 GG verpflichtet alle Bundesminister, Bundeskanzler und Bundespräsident auf diese eindeutigen Friedensnormen des Grundgesetzes. Dieser friedlich-antifaschistische Auftrag des Grundgesetzes muss neu freigelegt, zu Bewusstsein und in gesellschaftliche Tat umgesetzt werden. Mit den grundgesetzlichen Regelungen können „deutsche Kriegstüchtigkeit“, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und Hochrüstung nicht begründet werden. Das deutsche Regierungshandeln ist auf Ächtung des Krieges und Abrüstung hin auszurichten.

Im Ergebnis: Verhandlungen sind jeder kriegerischen Handlung zu bevorzugen. Nur eine neue Friedensarchitektur in Europa und der Welt – unter Einschluss von Russland und China – kann humane Perspektiven eröffnen. Das ist nur über eine kluge und zähe Diplomatie zu bewirken, die alle Register zieht! Thomas Ewald, Nidderau

Ertüchtigung zum Krieg

Wie konnte es so weit kommen? Jetzt sollen auch schon SchülerInnen im Unterricht durch Jugendoffiziere der Bundeswehr davon überzeugt werden, dass Frieden nur durch eine starke Armee und deren Ausstattung mit immer verheerenderen Waffen zu gewährleisten sei. Den jungen Menschen soll eingetrichtert werden, dass auch sie durch ihren Wehrdienst in der Bundeswehr zur Kriegstüchtigkeit Deutschlands einen Beitrag leisten müssten.

Verkehrte Welt! In meiner aktiven Zeit als Lehrer habe ich – so wie auch die meisten meiner KollegInnen – versucht, Konflikte zwischen SchülerInnen durch direkte Gespräche oder im Klassenverband so zu entschärfen, dass alle wieder miteinander re-

den, spielen und lernen konnten. In der heutigen militaristisch aufgeheizten Zeit scheint dies nicht mehr zu zählen. Heute gilt es wohl eher, sich ja nichts gefallen zu lassen, Stärke zu zeigen und sich befähigen zu lassen, als Soldat für das eigene Land in den Krieg zu ziehen.

In was für eine Gesellschaft wird unsere Jugend da hineingestellt? „Ich wollte heute nicht Enkel sein!“, meinte neulich ein Bekannter zu mir. Und die Vertreterin der Lehrgewerkschaft GEW hat recht, wenn sie im Beitrag „Friedensfragen“ der Frankfurter Rundschau schreibt: „Was unsere Kinder und Jugendlichen brauchen, ist Demokratie und Friedensbildung“ (in: „Wie könnte Friedensbildung aussehen?“, FR vom 28. September, Anm. d. Red.).

Darum mein Appell an alle SchulleiterInnen und Lehrerkollegen: Schließt die Türen der Schulen zu, wenn die Bundeswehr versucht, hineinzukommen! Gerhard Kern, Hofheim

Die Menschheit muss friedlich werden

In allen Kriegen – auch in denen unserer Tage – stirbt neben Menschen und Städten auch die Wahrheit. Die Menschen werden mit Schwarz-Weiß-Propaganda, Halbwahrheiten und doppelten Standards zur Kriegstüchtigkeit manipuliert. Die Propaganda übergeht dabei auch die ökologischen Schäden von Rüstung, Militärbetrieb und Krieg.

Mit großem Erfolg lenkt die Militärlobby die Aufmerksamkeit auch großer Teile der Klimaschutzbewegung davon ab. Dabei wird es nur dann eine Zukunft für die Menschheit geben, wenn sie eine friedliche wird – die Menschheit und in der Folge die Zukunft.

Bernhard Trautvetter, Essen

Diskussion: frblog.de/frieden-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241001

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wird die Linke noch gebraucht?“ mit dem Soziologen Klaus Dörre (Universität Jena), Philipp Türmer (Juso-Bundesvorsitzender), Berfe Budak (IG-Metall-Jugendsekretärin) und Michael Müller (Fraktionsvorsitzender der Linken im Frankfurter Römer), **Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Karin Dalka spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“. **Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt**

Redakteur:innen und Autor:innen der FR sind für Diskussionen, Präsentationen und Lesungen am Gemeinschaftsstand von Frankfurter Rundschau und Societätsverlag auf der Frankfurter Buchmesse. Details: frblog.de/bm24

**Bascha Mika: 18. Okt., 15 Uhr
Lutz „Bronski“ Büge: 18. Okt., 17 Uhr
Christine Dankbar: 19. Okt., 11 Uhr
Georg Leppert: 19. Okt., 12.30 Uhr
Michael Bayer: 19. Okt., 13 Uhr
Pitt v. Bebenburg: 19. Okt., 14 u. 15 Uhr
Sylvia Staude: 19. Okt., 17 Uhr
Pitt v. Bebenburg: 20. Okt., 13.30 und 16 Uhr
Halle 3.1, Stand Nr. D48**

Europas Sicherheit

Zu: „Europas Armee denken“, FR-Politik vom 27. September

Im Handelsblatt vom 5.3. war zu lesen, dass EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) – die von der SPD mitgewählt wurde – nach der Europawahl einen Verteidigungskommissar berufen wolle. Der Kommissar ist inzwischen berufen. Er verwies auf Einschätzungen, wonach Russland innerhalb von sechs bis acht Jahren zu einem Angriff auf Nato-Staaten in der Lage sein könnte. Um Europa abzusichern, seien zusätzliche Investitionen von mindestens 500 Milliarden Euro nötig. Er kündigte zudem an, sich für eine europäische Verteidigungsunion einsetzen zu wollen.

In der Rundschau lesen wir, dass die Partei von Frau von der Leyen, die EVP, die EU in eine „Verteidigungsunion“ umbauen wolle. Der interessierte Leser fragt sich, was die SPD und ihr Kanzler Scholz hierzu meinen. Sagte doch Scholz in einem Interview (FR vom 20.6., „Die Nato ist keine Bedrohung“) wörtlich: „Die EU ist kein Militärbündnis.“ Was ist des Kanzlers Wort noch wert?
Peter Friedl, Darmstadt

Unmut ist verständlich

Volkswagen: „Der Markt wird's schon regeln“, FR7 vom 15. September

Was wäre das für eine Nachricht: „VW-Aktionäre geben Dividende zurück“. Durch die Rückzahlung der Dividendenausschüttung in Höhe von 4,8 Milliarden Euro kann die aktuelle Krise beim VW-Konzern bewältigt werden. Es drohen keine Standortschließungen und Entlassungen. Damit übernehmen die Aktionäre Verantwortung für ihr eingesetztes Kapital. Auch die Vorstände, Aufsichtsräte und Berater übernehmen Verantwortung für falsch getroffene Entscheidungen, auch sie zahlen erhaltene Boni und Vergütungen zurück und ermöglichen so eine Neuausrichtung und Rückbesinnung des Konzerns auf seine Kernaufgabe: Bau eines E-Käfers erschwinglich in der Anschaffung, robust in der Fertigung und sparsam im Verbrauch.

Schade dass diese „Meldung“ in unserer Gesellschaft nur Satire ist. Und dass durch die Realität der kapitalorientierten Gesellschaft die Spaltung eben dieser Gesellschaft immer weiter vorangetrieben wird. Wer Kapital hat, wird immer reicher. Wer nur seine Arbeitskraft hat, kann die Arbeit jederzeit verlieren – und das innerhalb nur eines Konzerns. Der Ruf nach Staatshilfen oder gar einer neuen Abwrackprämie sollte da im Bereich von Satire liegen – ist aber Realität. So ist der Unmut der Bevölkerung darüber, dass die Gesellschaft die Lasten zu tragen hat, die Gewinne aber privatisiert werden, nur zu verständlich.
Monika Bauer, Wedel

Eine neue Form der Unfehlbarkeit

Künstliche Intelligenz: „ChatGPT denkt nach“, FR-Wirtschaft vom 14. September

Bei KI ist Deutschland im Hintertreffen

Die geniale deutsche Band Kraftwerk hat bereits vor mehr als 40 Jahren mit ihrem Meisterwerk „Die Mensch-Maschine“ den Weg der KI vorgezeichnet. Die Intelligenz von Mensch und Maschine ergänzen sich gegenseitig. Doch in Deutschland ist die Zeit seither stehen geblieben. Andere Staaten, allen voran die USA und China, sind Deutschland mit Meilenstiefeln enteilt. So haben sich die Elektronikpioniere von Kraftwerk die digitale Zukunft hierzulande damals sicher nicht vorgestellt.

Die in strategischer Hinsicht untätige Politik hat ihren Zukunftsvisionen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Deutschland liegt in nahezu allen Bereichen der KI weltweit betrachtet im Hintertreffen. Ob es uns gefällt oder nicht: Die KI

bestimmt die Zukunft und den Wohlstand eines Landes.

Zwar haben die meisten Unternehmen das Bewusstsein für die Wichtigkeit der KI entwickelt. Doch um den Anschluss zu den KI-Gewinnern herzustellen, braucht es Mut, die Komfortzone, in der sich dieses Land seit den 16 Jahren Merkel befindet, zu verlassen. Dafür muss vor allem deutlich verstärkt in die Bildung investiert werden. Denn woran es in Deutschland bei der Umsetzung der KI hapert, ist der Mangel an Fachpersonal. Deutschland zehrt derzeit noch von der Substanz, die frühere Generationen aufgebaut haben. Wie lange noch?
Alfred Kastner, Weiden

Wahnhafter Aufbruch in die schöne neue Welt

Vielen Dank an die FR für die kritische Berichterstattung über

die KI und die Überdigitalisierung. Mustafa Suleyman schrieb dem „Homo technologicus“ u.a. die Erfindung des Buchdrucks zu (in „Was rollt da auf uns zu?“, FR-Feuilleton vom 4.9.), was ja auch dazu beigetragen hat, die den Papst und die katholische Lehre – zu recht – infrage zu stellen. Aber wer wird die Unfehlbarkeit der KI und der neuen Digital-Päpste wie Musk, Bezos, Zuckerberg u.a. infrage stellen? Unsere Finanzelite mit Gewissheit nicht, verspricht die KI doch sprudelnde Einnahmen in Rekordzeit. Und was wird mit jenen geschehen, die sich diesem ganzen KI-Wahn entziehen möchten?
Sollte die KI jemals in der Lage sein, alles zu überblicken, wem wird sie die Schuld an all dem Elend in der Welt geben und wie wird sie dann handeln? Wahrscheinlich mit tiefer Resignation.
Ulrich Betz, Freigericht